



Beschluss der 109. Vollversammlung

Lebensbedingungen junger Menschen im Saarland verbessern – Armutsbekämpfung, soziale und digitale Teilhabe stärken

Die Vollversammlung des Landesjugendrings Saar beschließt:

Der Landesjugendring Saar fordert umfassende Maßnahmen zur Stärkung der materiellen, sozialen und digitalen Lebensbedingungen junger Menschen im Saarland. Nur wenn diese Grundbedingungen gesichert sind, können Kinder und Jugendliche ihre Teilhaberechte gleichberechtigt und umfassend wahrnehmen. Erste politische Schritte, etwa die Einführung kostenfreier Kita-Plätze oder die Stärkung von Beteiligungsstrukturen, sind wichtige Signale – sie reichen jedoch nicht aus und müssen konsequent weiterentwickelt werden.

Armut und soziale Ausgrenzung stellen nach wie vor erhebliche Hindernisse dar, die junge Menschen daran hindern, ihre Potenziale zu entfalten und sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen. Besonders betroffen sind Kinder und Jugendliche aus Familien mit begrenzten finanziellen Ressourcen. Soziale Sicherung, verlässliche Unterstützung und echte Teilhabemöglichkeiten sind unverzichtbare Grundlagen für ein gelingendes Aufwachsen.

Gleichzeitig prägt die Digitalisierung heute alle Lebensbereiche junger Menschen – von Bildung über Freizeit bis hin zu gesellschaftlicher und politischer Partizipation. Analoges und Digitales greifen in ihrer Lebenswelt selbstverständlich ineinander. Digitale Räume sind Orte des Lernens, der Begegnung, der Selbstverwirklichung und der Mitbestimmung. Damit junge Menschen die Chancen dieser Räume selbstbestimmt und gleichberechtigt nutzen können, müssen digitale Teilhabe, Ausstattung und Infrastruktur flächendeckend gewährleistet sein.

Der LJR Saar fordert daher:

I. Armutsbekämpfung

1. Kostenfreies Mittagessen für alle Kinder und Jugendlichen
2. Kostenfreie schulische Angebote und Materialien für alle Kinder und Jugendlichen
3. Stärkere finanzielle Absicherung junger Menschen, u. a. durch die Einführung einer existenzsichernden, bürokratiearmen Grundsicherung für junge Menschen sowie den Ausbau einkommensunabhängiger Leistungen.
4. Verbesserung der finanziellen Situation junger Menschen in Ausbildung und Studium – durch höhere Förderungen in BAföG und BAB, die nicht zurückgezahlt werden müssen, elternunabhängige Unterstützung und bezahlbaren Wohnraum.
5. Verbesserte Unterstützung junger Menschen im Übergang von Schule und Beruf, insbesondere bei Jugendlichen ohne Abschluss. Damit zusammenhängend die Einführung flächendeckender Übergangskoaches, die Jugendliche von der Schule über die Berufsvorbereitung bis in die Ausbildung – mobil, niedrigschwellig und bedarfsgerecht – begleiten.

II. Soziale Teilhabe

1. Ausbau von kostenfreier Kinderbetreuung und sozialer Infrastruktur, um allen jungen Menschen verlässliche Teilhabe zu ermöglichen.
2. Stärkung des zweiten Bildungswegs durch verlässliche, erreichbare und niedrigschwellige Angebote.



Beschluss der 109. Vollversammlung

3. Faire und erleichterte Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse als Grundlage sozialer und beruflicher Teilhabe.
4. Stärkung von Jugendverbänden, Vereinen sowie Jugend- und Kulturstätten durch verlässliche Finanzierung und unterstützende Strukturen, die kostenfreie Angebote und bedarfsgerechte Ausstattung ermöglichen.

III. Digitale Teilhabe

1. Sicherstellung digitaler Infrastruktur in Schulen, Jugendzentren, nonformalen Bildungsräumen und außerschulischen Lernorten.
2. Bereitstellung kostenfreier digitaler Endgeräte und Software für alle jungen Menschen sowie fachliche Unterstützung durch qualifiziertes Personal, das Hilfestellung leistet und für Support und Wartung zur Verfügung steht.
3. Verankerung digitaler Bildung in Lehr- und Bildungsplänen sowie konsequente Aus- und Fortbildung von Lehrkräften in diesem Bereich.
4. Förderung von Medienkompetenz sowie Aufbau vertrauenswürdiger, barrierearmer und altersgerechter digitaler Räume für Beteiligung, Bildung und Austausch.

Mit großer Stimmenmehrheit bei drei Enthaltungen beschlossen